

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 28.10.2017, Seite 8 / Abgeschrieben

Junge Welt
31.10.2017

AWO: Familiennachzug für Flüchtlinge ermöglichen

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) forderte am Freitag anlässlich der Sondierungsgespräche im Bund zwischen Union, FDP und Grünen zu den Themen Migration, Integration und Flucht, dass die Aussetzung des Familiennachzugs abgeschafft wird:

Nur so können die nach völker- und europarechtlichen Vorgaben und aus Sicht der AWO notwendige rechtliche Gleichstellung der Flüchtlinge beim Familiennachzug und bei gesellschaftlicher Teilhabe sowie das zentrale Recht auf ein Zusammenleben von Familienangehörigen verwirklicht werden.

Dazu erklärt Brigitte Döcker, Mitglied im AWO-Bundesvorstand: »Die AWO tritt dafür ein, dass Familien zusammenleben können. Denn wir wissen um die Bedeutung der Familie für den einzelnen Menschen. Deshalb muss der Familiennachzug unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten. Er ist aus humanitären Gesichtspunkten heraus nicht verhandelbar.«

Gegen den Familiennachzug wird häufig ins Feld geführt, dass so eine zu große Anzahl an Menschen unkontrolliert nach Deutschland einreisen könnte. Diese Befürchtung ist längst widerlegt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat bereits seine Prognosen (...) nach unten korrigiert. Und das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit legte nach einer repräsentativen Umfrage unter Geflüchteten Zahlen vor, nach denen für subsidiär Schutzbedürftige nur etwa 50.000 bis 60.000 Nachzüge zu erwarten wären. »Es wird zu Unrecht das Schreckensbild eines unkontrollierten Flüchtlingsstroms durch den

Familiennachwuchs gemalt. Diese Angstmache wird auf Kosten von Menschen betrieben, die jeden Tag Angst, Gewalt und Todesgefahr ausgesetzt sind. So darf nicht länger Politik gemacht werden!« erklärt Döcker.

Der Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen ist eine der wenigen legalen und ungefährlichen Einreisemöglichkeiten für schutzbedürftige Menschen. Auch subsidiär Schutzberechtigte werden genauso wie Genfer Konventionsflüchtlinge auf unabsehbare Zeit in Deutschland bleiben, weil oft unklar ist, wie lange der Krieg in ihrer Heimat dauern wird. Die zur Zeit für subsidiär Schutzberechtigte geltende zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs ist seit dem 17. März 2016 mit dem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren («Asylpaket II») in Kraft.

Zu den »Jamaika«-Sondierungsverhandlungen erklärte Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke, am Freitag:

Jamaika wird eine zerstrittene und schwache Regierung mit einer geschwächten Kanzlerin, die Politik für die Reichen und Besserverdienenden macht. (...)

Es zeigt sich, dass nicht nur die Obergrenzen-CSU, sondern auch die Partei der Autokanzlerin und die FDP an ihrer Blockadehaltung bei Klimaschutz, Energiewende und Asylrecht festhalten. Es wird sich in den nächsten Runden herausstellen, ob die Grünen auch in ihren Kernthemen Klima und Flüchtlinge bereit sind, für Macht und Ministerposten Haus und Hof zu verschachern, so wie sie es bei Haushalt und Finanzen gemacht haben. (...)

Doch wer die Reichen entlastet und auf Einnahmen verzichtet, dem fehlt das Geld für die dringend notwendigen Investitionen in Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Pflege und Verkehr. Jamaika will offensichtlich an Kinder- und Altersarmut, maroden Schulen, Zweiklassenmedizin und Pflegenotstand nichts ändern.